



**Steffen Bockhahn**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Haushaltsausschusses

23.11.2010

## **Grußwort zur 13. Vollversammlung des Landesschülerrates MV vom 26. bis 28. November 2010 auf Burg Stargard**

Liebe Schülervotreterinnen und Schülervotreter,

zuerst einmal wünsche ich Euch selbstverständlich drei Tage voller spannender und erhellender Debatten und Diskussion, interessante Workshops und tolle Partys.

Das Thema der diesjährigen Vollversammlung trägt den Titel „Bundeswehr – ein attraktiver Partner für die Schüler der Selbstständigen Schule in MV?“. Ihr widmet euch damit einer auch für mich sehr wichtigen Frage: Darf oder sollte die Bundeswehr in Schulen für sich als Arbeitgeber und Ausbilder werben? Darf Sie sich einseitig darstellen und Ihre Ziele und Ihr Selbstverständnis unkommentiert erläutern? Aus Überzeugung und weil ich Mitglied einer Partei bin, die dem Frieden und Pazifismus einen sehr hohen Stellenwert einräumt, lehne ich dies entschieden ab. Spätestens seit die Bundeswehr im Kriegseinsatz im Ausland ist, geht es nicht mehr nur um irgendeinen Beruf im Dienste des Staates sondern es geht auch um das Töten, es geht um Krieg. Seit 1992 starben 92 Menschen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sollte allein die Bundeswehr die Deutungshoheit über Ihre Rolle erhalten, dann besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, Krieg sei in Ordnung.

Hinzu kommt: Ab Juli nächsten Jahres wird die Wehrpflicht ausgesetzt. Die Bundeswehr wird damit – ob dauerhaft oder nicht wird sich erst noch zeigen – zu einer Berufsarmee umgebaut. Das hat natürlich auch gravierende Folgen für die Anwerbung zukünftiger Soldatinnen und Soldaten. Die Bundeswehr wird verstärkt um junge Menschen werben und sich als attraktiven Arbeitgeber in den höchsten Tönen loben. Sie ist auf motivierten Nachwuchs angewiesen. Dadurch werden die Schuleinsätze von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern mehr und mehr zu Akquiseveranstaltungen, bei denen jegliche Objektivität und kontroverse Debatten um die Rolle der Soldatinnen und Soldaten ausgespart bleiben.

Die Schule ist unzweifelhaft eine zivile Bildungseinrichtung und sollte ein von allen Ideologien und Parteien unabhängiger Ort des Lernens sein. Ich bin der Meinung, dass das auch konsequent so bleiben muss. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) formuliert das ebenso eindeutig: „Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung.“

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • 030 227 – 78770 • Fax 030 227 – 76768

E-Mail: [steffen.bockhahn@bundestag.de](mailto:steffen.bockhahn@bundestag.de)

Wahlkreisbüro: Stephanstr. 17 • 18055 Rostock • Telefon 0381 37 77 66 9 • Fax 0381 49 20 01 4

E-Mail: [steffen.bockhahn@wk.bundestag.de](mailto:steffen.bockhahn@wk.bundestag.de)



## Steffen Bockhahn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied des Haushaltsausschusses

Der so genannte Beutelsbacher Konsens – während einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung 1974 von Politikern und Pädagogen in Bayern formuliert – legt gemeinsame Grundsätze für die politische Bildung fest, denen sich die Bundeszentrale für politische Bildung und die von ihr beauftragten Bildungsträger bis heute verpflichtet haben. Dort werden drei Grundprinzipien des Politikunterrichts festgelegt. Sie bilden einen theoretischen Leitfaden für die grundsätzliche Bedeutung einer unabhängigen politischen Bildungsarbeit. Dort heißt es: „1.) Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination [...] (Überwältigungsverbot). 2.) Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind[...] (Kontroversität, auch: Ausgewogenheit).

3.) Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. (Schülerorientierung)[...]“ (Quelle: [www.politische-bildung-rlp.de](http://www.politische-bildung-rlp.de)).

Werbeseminare der Bundeswehr in Schulen würden ganz eindeutig gegen diese Grundsätze verstoßen.

Wenn es mehr und mehr Schuleinsätze von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern gibt, müssen zumindest antimilitärische Gruppen und Berater für Wehrdienstverweigerer Alternativen aufzeigen. Alles andere hätte auch nichts mit demokratischem Meinungsstreit zu tun, es wäre ein Diktat. Ich kenne Menschen mit einer pazifistischen Grundhaltung- sie sprechen in diesem Zusammenhang von Manipulation von jungen Schülerinnen und Schülern und Militärpropaganda der Bundeswehr im Allgemeinen.

Für mich geht es bei eurem diesjährigen Thema aber auch um die Ausrichtung deutscher Außenpolitik und die so genannte „neue“ Rolle der Bundeswehr in der Welt. Diese Rolle untersteht der politischen Willensbekundung und ist damit hochpolitisch. Sie ist der ständigen Auseinandersetzung der politischen Parteien und der Mehrheitsverhältnisse unterworfen. Für mich heißt das, dass das Thema Bundeswehr damit auch in einen größeren Zusammenhang gestellt und eben kontrovers diskutiert werden muss.

Für mich persönlich bedeutet dies, festzustellen: Die Bundesregierungen der letzten Jahre haben das Völkerrecht in mehreren Fällen wissentlich gebrochen und dem Krieg den Vorzug vor der friedlichen Konfliktlösung gegeben. Deutschland hat sich von einer friedlichen Außenpolitik verabschiedet und ist in immer mehr Auslandseinsätze



## Steffen Bockhahn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied des Haushaltsausschusses

verstrickt. Die deutschen Streitkräfte wurden in den letzten Jahren immer häufiger zu einer schnellen und weltweit offensiv einsetzbaren Kampftruppen umgebaut. Meiner Meinung nach wird die gesellschaftliche Debatte viel zu sehr von der Frage beherrscht: Welche Aufgaben kann die Bundeswehr noch übernehmen? Ist die Bundeswehr angesichts „wachsender Verantwortung“ in der Welt unterfinanziert? Es ist wie sooft eine Frage der Prioritäten. Internationale Krisen rechtzeitig zu erkennen und entsprechend einzugreifen, ist auch laut Bundesregierung ein wichtiges Ziel deutscher Außenpolitik. Mittlerweile sind allerdings im Ausland zu diesem Zweck mehr deutsche Soldaten als Diplomaten zu finden. Wenn allein die Bundeswehr und Ihre Verantwortlichen die Debatte beherrschen, gehen wichtige Themen und Standpunkte unter. Etwa die Frage nach internationaler Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Rolle der Rüstungsindustrie, Fragen nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft und die Rolle der Konfliktprävention, Bemühungen um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und verstärkte Entwicklungshilfe, die nachhaltige Entwicklung in armen Ländern fördert und den Ausbau sozialer Rechte vorantreibt.

Mehr und mehr gewöhnen wir uns an einen Zustand, mit dem wir uns nicht abfinden sollten: Dass die Bundeswehr wie selbstverständlich mit Kriegseinsätzen im Ausland in Verbindung gebracht wird. Ich denke, wir sollten vielmehr über Alternativen und die Stärkung der Zivilgesellschaft sprechen. Das wird alleine durch die Bundeswehr und Ihre Verantwortlichen kaum gelingen. Lebendige Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen. Und lebt auch von der politischen Bildung an Schulen. Aber natürlich nicht in alleiniger Verantwortung der Bundeswehr. Alle Meinungen müssen gleichwertig und gleichberechtigt auf den Tisch. Auch die unbequemen Wahrheiten. Das gilt erst recht bei Fragen nach Krieg und Frieden.

Mit herzlichen Grüßen

Steffen Bockhahn